

Anfragen vom Nord-Süd-Forum FFB an unsere BundestageskandidatInnen

Antworten von Herrn Michael Schrodi, SPD

1. Wirtschaftswachstum

- Wie stehen Sie zur Ideologie der Notwendigkeit von ständigem Wirtschaftswachstum, um unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten?

Wirtschaftlicher Wohlstand wird von den Menschen geschaffen, kommt diesen aber nur wenig bis gar nicht zugute. Zunächst muss also die Verteilungsgerechtigkeit – sowohl national wie auch international – wieder auf die Tagesordnung.

Ich bin jedoch kein prinzipieller Gegner wirtschaftlichen Wachstums, sondern ein Freund qualitativen Wachstums. Wachstum auf Kosten von Mensch und Natur birgt keinen Fortschritt, Wachstum im Bereich der regenerativen Energien, dem Ausbau des Schienennetzes oder bei Dienstleistungen im Bildungs- oder Betreuungssektor hingegen schon.

- Haben Sie sich schon einmal mit alternativen Wirtschaftsmodellen befasst? Welche Rolle spielen diese für Ihr politisches Handeln?

Das weltweit nahezu einzig herrschende Wirtschaftsmodell ist das des Kapitalismus. Zu diesem gibt es nicht erst seit Neuerem Alternativen. Die SPD hat in ihrem Parteiprogramm und zuletzt bei den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen betont, dass Demokratie, Frieden, Freiheit und demokratischer Sozialismus sich gegenseitig bedingen. Insofern spielt der demokratische Sozialismus als alternatives Gesellschaftsmodell, das auf Achtung und Solidarität basiert, für mich als Kandidat der SPD eine zentrale Rolle.

- Versuchen Sie persönlich, einen "nachhaltigen Lebensstil" umzusetzen, und wenn ja, wie?

Zunächst ist es entscheidend, die politischen Rahmenbedingungen für eine soziale und ökologische Gesellschaft zu schaffen. Durch meinen Einsatz für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn und die Umsetzung einer regionalen Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Stadt- und Gemeindewerken versuche ich das umzusetzen.

Persönlich ist mir soziale und ökologische Gerechtigkeit auch im Alltag wichtig. So kaufe ich, wenn möglich, fair gehandelte Produkte und stärke die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch den Kauf regionaler Produkte (z.B. Brucker Land).

2. Waffenhandel

- Wie stehen Sie zur Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte außerhalb parlamentarischer Kontrolle?

Die Bundesrepublik Deutschland steht bei den Rüstungsexporten weltweit an dritter Stelle. In Zahlen heißt das: Die Bundesregierung hat im letzten Jahr 17.586 Exportanträgen zugestimmt und gerade mal 105 abgelehnt.

Der Bundestag wird zu spät über solche Waffenlieferungen unterrichtet und damit nicht in das Genehmigungsverfahren eingebunden.

Das hat die SPD-Bundestagsfraktion moniert und den Antrag (Drucksache 17/9188) gestellt, ein gestuftes angemessenes, zeitnahes und praktikables Verfahren zur parlamentarischen Beteiligung an Rüstungsexportentscheidungen zu entwickeln. Dieser Antrag wurde mit Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt.

Ich werde mich für eine parlamentarische Beteiligung an Rüstungsexportentscheidungen einsetzen.

- Halten Sie Waffenexporte in Krisenregionen für eine wirkungsvolle Maßnahme zur Sicherung von Frieden und Stabilität?

Kurz und knapp: Nein! Waffenexporte, aber beispielsweise auch der Nato-Bundeswehreinsatz in der türkischen Grenze zu Syrien destabilisieren die Region und führen eher zu einer weiteren Eskalation des Konflikts.

- Können Ihrer Meinung nach Waffengeschäfte über Kredit vergeben oder gar zusätzlich über Hermes-Bürgschaften abgesichert werden?

Auf den griechischen Staat wurde von Seiten der Bundesregierung Druck ausgeübt, die gewährten Kredite zur Bekämpfung der Finanzkrise auch für Rüstungskäufe zu verwenden. Dies ist ein skandalöses Vorgehen. Kredite, die anderen Staaten gewährt werden, dürfen nicht zur Beschaffung von Rüstungsgütern verwendet werden.

Hermes-Bürgschaften scheiden aus. Der Steuerzahler darf nicht für geplatzte Rüstungsgeschäfte gerade stehen.

- Wie stehen Sie zu einem Verbot von Rüstungsexporten?

Kein generelles Nein zu Rüstungsexporten. Doch die geltenden Bedingungen für Rüstungsexporte müssen eingehalten werden bzw. erweitert werden (siehe GG Art. 26, Politische Grundsätze der Bundesregierung, parlamentarische Beteiligung)

3. Asyl- und Flüchtlingspolitik

- Sind wir Ihrer Meinung nach ein "Einwanderungsland" bzw. sollten wir eines werden?

Als Historiker weiß ich: Das Gebiet der heutigen Bundesrepublik, gelegen im Herzen des europäischen Kontinents, war stets ein Ort des kulturellen Austauschs und der Ein- und Durchwanderung ganzer Völker.

Heute ist Deutschland natürlich ein Einwanderungsland. Es trägt dem aber nicht Rechnung, wie es die heutige Entscheidung der Bundeskanzlerin, keine doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen, deutlich zeigt.

- Halten Sie die augenblickliche Asylpolitik der Bundesrepublik für zufriedenstellend?

Nein, denn Sie ist geprägt von dem so formulierten Ansinnen, die Asylbewerber so schlecht zu behandeln, dass diese schnellstmöglich wieder unser Land verlassen. Dies geht von der unsäglich Residenzpflicht über das Arbeitsverbot bis hin zu den Lebensmittelpaketen.

Zum Zweiten: Das Asylrecht ist mit dem sogenannten 1993 beschlossenen „Asylkompromiss“ und der Drittstaatenregelung faktisch abgeschafft.

Und zum Dritten: Europa hat sich zu einer gut gesicherten Festung mit der „Agentur“ Frontex, die die europäischen Außengrenzen „schützen“ soll, entwickelt.

- Waren Sie schon einmal in einem Asylbewerberlager im Landkreis?

Ja, bereits mehrmals. Zum ersten Mal, als wir Jusos Kleidung und Spielzeug zugunsten von Asylbewerberkindern gesammelt und in der Asylbewerberunterkunft in Germering übergeben haben.

4. EU-Agrarpolitik

- Halten Sie die Zahlungen der EU an die landwirtschaftl. Betriebe in ihrer bisherigen Form für sinnvoll?

Die SPD will die EU-Agrarpolitik grundsätzlich umbauen. Die Erste Säule der Agrarsubventionen soll bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die Zweite Säule zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums umgeschichtet werden.

- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den Agrarexportsubventionen und der Existenzvernichtung afrikanischer Bauern?

Durch die Agrarexportsubventionen werden den europäischen Landwirten Abnahmepreise garantiert, die sie auf dem Weltmarkt nicht erhalten müssen. Dies führt dazu, dass auf Kosten der europäischen Steuerzahler und zuungunsten außereuropäischer Agrarproduzenten Dumpingpreise angeboten werden. Die Verdrängung afrikanischer Bauern ist eine Folge dieser Politik.

- Welche Einflussmöglichkeiten auf die EU-Agrarpolitik sehen Sie für sich als Mitglied des Deutschen Bundestages?

Der Deutsche Bundestag bzw. die Bundesregierung haben über den deutschen Vertreter in der Kommission und über die Vertreter im EU-Rat großen Einfluss auf die EU-Gesetzgebung. Dieser Einfluss muss nur genutzt werden.

Wenn die Bundesregierung wie bei der EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie, mit der die Privatisierung der Wasserversorgung beschleunigt werden sollte, die Privatisierungs- und Subventionspolitik weiter vorantreibt, wird diese Einflussmöglichkeit jedoch nicht geltend gemacht.

5. Spekulation mit Nahrungsmitteln / weltweite Nahrungsmittelkrise

- Jean Ziegler nennt die Spekulation mit Nahrungsmitteln "ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Stimmen Sie dem zu?

Ja! Im Rahmen des Sozialkundeunterrichts in der Oberstufe führe ich jedes Jahr ein Projekt zu diesem Thema mit anschließender Diskussionsrunde durch. Das Urteil der Schülerinnen und Schüler (und meines auch) ist eindeutig: Spekulationen mit Nahrungsmitteln müssen verboten werden!

Sie verteuern Grundnahrungsmittel und rauben so vielen Menschen die Existenzgrundlage. In vielen Teilen der Welt gab es aus diesem Grund schon gewalttätige Auseinandersetzungen.

- Würden Sie sich für ein Verbot von Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel einsetzen?

Ja, siehe oben.

- Was halten Sie von der Umwandlung von Nahrungsmitteln in Energie?

Es ist sehr bedenklich, wenn die Nahrungsmittelproduktion der landwirtschaftlichen Energieproduktion weicht.

Vor allem haben Wissenschaftler errechnet, dass der sogenannte Biosprit bei der Treibhausgasbilanz sogar schlechter ist als die von Mineralöl.

Die Energiegewinnung aus Nahrungsmitteln treibt letztlich die Preise für Grundnahrungsmittel in die Höhe und bringt ökologisch unvorteilhafte Monokulturen mit sich. Die Energiewende kann anders funktionieren: Mit einem Mehr an Energieeinsparung und mit einem Ausbau der Wind-, Solar- und auch Wasserkraft, und das möglichst lokal.

- Welche Einflussmöglichkeit sehen Sie für sich als PolitikerIn gegenüber Großkonzernen wie Unilever oder Nestlé und Großbanken wie die Deutsche Bank?

Hierzu hat Sigmar Gabriel einen hervorragenden Vorschlag gemacht: Jedes neue Gesetz soll durch einen sog. Lobby-Scanner, d.h. es wird auf Inhalte von Lobby-Organisationen hin untersucht. Denn die größte Gefahr dieser multinationalen Konzerne geht davon aus, dass sie durch ihr Heer an hauptamtlichen Lobby-Mitarbeitern Gesetzesvorlagen schreiben, die die personell schlecht ausgestatteten Ministerien dann einfach übernehmen.

Es muss Aufgabe gerade der SPD sein, den Vorrang des Menschen vor dem Markt wiederherzustellen. Dafür werde ich mich einsetzen.

6. Finanz- und Bankenkrise

Für diesen sehr komplexen Bereich habe ich mir das Recht herausgenommen, ihn ausführlicher zu beantworten.

- Wer hat Ihrer Meinung nach die Bankenkrise verursacht? Wer zahlt dafür?

Die seit Jahrzehnten verfehlte, neoliberale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Wenn seit drei Jahrzehnten mehr oder weniger eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben stattfindet, wenn die Profiteure dieser Politik ihre angehäuften Geld dann möglichst gewinnbringend anlegen wollen, wenn sie dies auf den Finanzmärkten tun, und wenn diese Finanzmärkte dann noch dereguliert werden und selbst

Schrottpapiere noch mit Triple A geratet werden, dann sind platzende Spekulationsblasen eine logische Folge.

- Sind Griechen, Spanier und Italiener selber schuld an ihren wirtschaftlichen Problemen?

Es gibt in jedem dieser Länder gewiss auch spezifische Probleme, in Griechenland beispielsweise eine nicht funktionierende Steuerbehörde, die gerade Vermögende und Bestverdiener begünstigt hat.

Es gibt jedoch auch europäische Fehlentwicklungen, die zu den Problemen vieler europäischer Länder führte.

Zum einen: Länder wie Irland oder Spanien hatten vor der Bankenkrise einen geringeren Schuldenstand als die Bundesrepublik. Dann mussten sie ihre Banken auf Kosten der Steuerzahler retten und haben nun einen etwas höheren Schuldenstand als die Bundesrepublik. Das Paradoxe: Die Geldinstitute, die von den europäischen Staaten gerettet wurden, verleihen diesen nun kein Geld mehr oder nur zu extrem hohen Zinsen, weil sie Schulden haben. Gemeinsame europäische Anleihen, auch Eurobonds genannt, würden hier Abhilfe schaffen. Und natürlich eine größere Beteiligung der Verursacher an den Folgekosten, z.B. durch eine Finanztransaktionssteuer.

Zum anderen: Die deutsche Wirtschaft hat durch jahrzehntelanges Lohndumping eine marktbeherrschende Stellung in Europa eingenommen und Deutschland hat als Exportnation auf Pump der anderen europäischen Länder als größte Abnehmer deutscher Waren gelebt. Verlierer in Europa waren insgesamt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. die Arbeitslosen: In Deutschland sind die Reallöhne gesunken, die Zahl der Niedriglöhne und der Aufstocker ist dramatisch gestiegen (übrigens auch im Landkreis Fürstentfeldbruck), dafür ist die Binnennachfrage seit Jahrzehnten schwach. Gestiegen ist in den europäischen Ländern das Leistungsbilanzdefizit, sie haben also mehr Waren gekauft als verkauft. Solch eine volkswirtschaftliche Schiefelage kann auf Dauer nicht funktionieren, die Folge sind Pleiten europäischer Unternehmen, sich aufhäufende Staatsdefizite und ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern (siehe Griechenland, Spanien, Portugal).

Diese soziale Krise ist die eigentliche Gefahr für Europa. Die große soziale Ungleichheit in Europa ist eine tickende Zeitbombe und letztlich auch eine Gefahr für die Demokratie.

Ich werde mich daher mit aller Vehemenz für größere Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, endlich guten Lohn für gute Arbeit, eine höhere Besteuerung von großem Vermögen und Einkommen sowie für staatliche Investitionsprogramme einsetzen – national wie international.

- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den deutschen Exportüberschüssen in diese Länder und deren Schulden?

Siehe oben

- Wäre ein umfassender Schuldenerlass für Griechenland nicht wirkungsvoller und billiger?

Ja, mit flankierenden Sicherungsmaßnahmen für andere Länder, wie es der Wirtschaftsweisenrat vorgeschlagen hat.

- Wie wichtig erachten Sie die Implementierung einer internationalen Insolvenzordnung?

Es ist kein Allheilmittel, aber eine Möglichkeit für verschuldete Staaten zu einem Neuanfang. Bereits 2003 drängte die damalige rot-grüne Bundesregierung auf eine internationale Insolvenzordnung.

- Sind Sie für die grundsätzliche Trennung in Geschäfts- und Investmentbanken?

Ja. Banken sollen Kredite vergeben, die Spekulanten sollen das auf ihre Kosten in eigenen Casino-Banken tun.